

Eschborn

am Westerbach

AUGUST 2024

Haben Sie auch immer häufiger den Eindruck, Deutschland sei verrückt geworden?

Die schlechte Nachricht lautet: Ihr Eindruck täuscht Sie nicht. Eine Clique aus vorwiegend linken und grünen Politikern, Unterstützern selber Couleur in vielen etablierten Medien und sogenannten Nichtregierungsorganisationen (NGO), die allesamt großzügig von dem Geld anderer Leute leben – also unseren Steuergeldern – wollen dieses Land verändern.

Haben Sie den Eindruck, dass sich die Zustände in unserem Land zuletzt in irgendeinem Bereich verbessert haben? Nein? Wir auch nicht!

Deutlich werden diese negativen Veränderungen vor allem in der Migrations-, Wirtschafts-, Energie-, oder Gesellschaftspolitik.

Seit der verheerenden Öffnung der Grenzen im Jahr 2015 strömen jährlich hunderttausende, zumeist Migranten aus bildungsfernen Schichten und uns fremden Kulturen nach Deutschland. Viele davon belasten die öffentlichen Kassen als Bürgergeldempfänger. Dies erhöht den Druck auf eine ohnehin schon marode und teils unzureichende Infrastruktur. Noch gravierender allerdings ist der Verlust der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Messerattacken, Gruppenvergewaltigungen, auf offener Straße ausgetragene Clan-Kriege etc. Vor 10 Jahren waren das noch absolute Seltenheiten, heute ist es Alltag in unserem Land.

Wirtschaftspolitisch wird durch langfristige und detaillierte Vorgaben, wie dem Heizungsgesetz oder dem geplanten Verbot von Verbrennungsmotoren, die unternehmerische Freiheit stark eingeschränkt und das Fundament unseres Wohlstands geschliffen. Manche Entscheidungen stellen die 5-Jahrespläne der DDR mühelos in den Schatten.

Für seine Energiepolitik wird Deutschland verlacht und als Geisterfahrer titulierte. Entgegen der großen Mehrheit weltweit setzen wir nicht auf Atomstrom, sondern hoffen darauf, eine der (noch) größten Industrienationen ausschließlich mit Sonnen- und Windenergie versorgen zu können. Die Abwanderungswelle der Unternehmen, insbesondere des für Deutschland so wichtigen Mittelstands, ins attraktivere Ausland, rollt bereits. Zusätzlich steigt die Zahl der Insolvenzen stetig an.

In der Gesellschaftspolitik liegt der Fokus auf der Erfindung von Geschlechtern, die biologisch nicht existent sind. Die wunderbare, facettenreiche deut-



sche Sprache wird durch woke Ideologien verunstaltet, mit freundlicher Unterstützung u. a. des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Sehr geehrte Leser_innen, Leser*innen oder LeserInnen, was halten Sie von dieser aufgezwungenen Reform unserer Sprache?

Freie Demokraten blicken daher auch mit großer Sorge auf die Beteiligung und die Rolle der FDP in der Bundesregierung. Die parteiinterne Abstimmung über die Fortsetzung der Koalition in Berlin Ende 2023 hatte leider nicht den gewünschten Erfolg.

Hinzukommt: Nur wenige Projekte kommen wirklich voran. Vieles schlummert als bloße Versprechung in den Wahlprogrammen der Entscheidungsträger. Die Priorität liegt auf Lastenfuhrern und Taxigutscheinen, der vorausschauende Blick für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik fehlt. Der dringende Ausbau des Hoch- und Mittelspannungsnetzes durch Umspannwerke wird zu verhindern versucht. Die grüne Energiewende soll kommen, aber bitte nicht vor Ort.

Nun soll Pessimismus grundsätzlich unsere Sache nicht sein, auch wenn wir oftmals durch kritische Töne auffallen. Allerdings ist dies jedoch unsere demokratische Aufgabe und Pflicht als zweitstärkste politische Kraft und Oppositionsführer im Eschborner Parlament. In dieser Rolle haben wir zahlreiche Missstände aufgedeckt und benannt, aber auch viele eigene Initiativen in den Gremien eingebracht, wovon der Großteil mehrheitlich beschlossen wurde.

Wir werden uns auch zukünftig kritisch mit der Koalition und den Verantwortlichen beschäftigen und dabei immer das Wohl von Eschborn und seinen Bürgern im Fokus haben.

Auf den nachfolgenden Seiten blicken wir zurück auf die bisherigen 3,5 Jahre der aktuellen Kommunalwahlperiode. Viel Freude bei der Lektüre!

„Auch das ist Kunst, ist Gottes Gabe, aus ein paar sonnenhellen Tagen sich so viel Licht ins Herz zu tragen, dass, wenn der Sommer längst verweht, das Leuchten immer noch besteht.“

Johann Wolfgang von Goethe

Die gute Nachricht aber lautet: Immer mehr Menschen im Land merken, dass sich Deutschland auf einem Irrweg befindet. Die Europawahlen, insbesondere das Wahlverhalten der noch jungen Wähler, hat eindrucksvoll gezeigt, dass liberal-konservative Politik mehrheitsfähig und mehr Realismus möglich ist. Und diese Wähler sind nicht alle rechts-extrem oder rechtsradikal. Die Stigmatisierung der bürgerlichen Mitte unserer Gesellschaft durch linksgrüne Ideologen mit erhobenem Zeigefinger wird sich über kurz oder lang überholen.

Im Grunde braucht es dringend eine politische 180-Grad-Wende. Eschborns

Die Entwicklungen in unserer Heimatstadt Eschborn geben ebenfalls Anlass zur Sorge. Eine Koalition, inklusive Bürgermeister und Erster Stadträtin, mit sichtbarem Linksdrall, bestehend aus CDU, Bündnis90/Die Grünen und FWE, pflegt keinen sorgsamem Umgang mit ihren Steuergeldern. Der Verlust von 35 Mio. Euro durch eine fehlerhafte Geldanlage ist dabei nur die Spitze des Eisbergs und das prominenteste Beispiel. Das Unglaubliche: Jegliche interne Aufarbeitung fehlt, die Schuld wird wie immer bei Dritten gesucht. Der Vorgang bleibt bislang ohne jede Konsequenz für irgendjemand; außer für uns, die Bürger.

Das Greensill-Debakel

35 Mio. Euro Steuergeld

Kurz nach dem Amtsantritt des Bürgermeisters im Februar 2020 wurden in mehreren Tranchen Gelder in Höhe von insgesamt 35 Mio. Euro bei der bis dahin unbekannteren Bremer Greensill Bank angelegt. Die verhältnismäßig kleine Bank mit exotischem Geschäftsmodell wurde seit Mitte 2020 von mehreren Finanz-Experten äußerst kritisch bewertet.

Klare Verstöße gegen die Anlagerichtlinie

Der Bürgermeister und der ebenfalls verantwortliche Leiter der Stadtkasse verstießen bei der Geldanlage in mehrfacher Hinsicht gegen die seinerzeit geltende Kapitalanlagerichtlinie:

1. Die Kapitalanlagerichtlinie machte exakte Vorgaben dazu, welche Ratingagenturen zur Bewertung einer Bank herangezogen werden dürfen, nämlich die drei weltweit größten und am Markt etabliertesten Agenturen: Moody's Investors Service, S&P Global Ratings und Fitch Ratings. Die Greensill Bank wurde jedoch von keiner der in der Richtlinie genannten Rating-Agenturen bewertet, son-

dern lediglich von der eher unbekannteren und deutlich kleineren Agentur Scope.

2. Darüber hinaus sollte die gesamten Geldanlagen bei derselben Bank in der Regel 15 Mio. Euro nicht überschreiten. Im Einzelfall konnte davon zwar abgewichen werden, allerdings ließen die gesichteten Akten nicht erkennen, dass bei der getätigten Geldanlage eine weitere, tiefergehende Prüfung stattfand.
3. Zu allem Überfluss nahm der Bürgermeister seine ihm qua Richtlinie auferlegte Mitwirkungs- und Aufsichtspflicht bei der Geldanlage offensichtlich nicht ausreichend wahr.

Gefälligkeitsgutachten

Selbstredend haben die Verantwortlichen dafür gesorgt, dass „geeignete“ Stellungnahmen und Rechtsgutachten vorliegen, die ihnen die Einhaltung der Kapitalanlagerichtlinie testierten. Inhaltlich hat sich bislang niemand – auch nicht die CDU-geführte Kommunalaufsicht oder das CDU-geführte Innenministerium – mit den Gutachten und unserer faktenbasierten Kritik daran auseinandergesetzt.

Bürgermeister stuft Zinssätze als „marktüblich“ ein

Der Bürgermeister ließ in einer städtischen Pressemeldung nach der Pleite verlautbaren, dass die seinerzeit von Greensill in Aussicht gestellten Zinssätze von 0,7 % als marktüblich angesehen werden konnten. Tatsächlich war das Zinsumfeld in besagtem Zeitraum negativ. Der damalige Kämmerer der Stadt Frankfurt, Uwe Becker, äußerte sich wie folgt zu dem Thema: „Wenn in einem von Negativzinsen geprägten Markt einige wenige Anbieter positive Zinsen versprechen, stellt sich die Frage: ‚Warum können die das?‘ Im Zweifel lehnt die Stadt Frankfurt ein solches Angebot lieber ab.“

Akteneinsichtsausschuss: Hinweise auf Aktenmanipulation

Nach dem Bericht des Akteneinsichtsausschusses, der einstimmig in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde, mangelte es an einer nachhaltigen, strukturierten und geplanten Geldanlagenstrategie. Insbesondere fehlte es auch an einem der Kapitalanlagerichtlinie entsprechenden Risikomanagement. Wie dem Bericht

zu entnehmen ist, ergaben sich aus den Greensill-Akten sogar Hinweise auf Aktenmanipulation durch möglicherweise im Nachhinein konstruierte Dokumente.

Aufklärungsarbeit durch die FDP-Fraktion

Die FDP-Fraktion hat seit Bekanntwerden der fehlerhaften Geldanlage insgesamt 13 Pressemeldungen zum Thema herausgegeben, 5 parlamentarische Anfragen an die Verwaltung gestellt und 5 Anträge in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht – teils in Zusammenarbeit mit den weiteren Oppositionsparteien.

Konsequenzen: Fehlanzeige

Wie so häufig in Politik und Verwaltung bleiben Konsequenzen trotz gravierender und offenkundiger Fehler der verantwortlichen Personen leider aus. So auch in diesem Fall. Im Herbst 2025 können die Bürger über dieses und weitere Fehlleistungen ihr Urteil selbst sprechen.

Kreisverkehr Niederurseler Allee Baumpatenschaften

Antrag der FDP-Fraktion

Rückblick in den Herbst 2020: Die FDP-Fraktion hatte in der Stadtverordnetenversammlung beantragt, die Kreuzung Niederurseler Allee/Ginnheimer Straße/Odenwaldstraße zu einem Kreisverkehr umzubauen. Dies sollte möglichst in den verkehrsärmeren Sommerferien im darauffolgenden Jahr 2021 geschehen. Umfangreiche Vorplanungen für den Umbau des Knotenpunktes hatte noch Bürgermeister a. D. Mathias Geier geleistet.

Zeitplan wird erweitert

Der amtierende Bürgermeister teilte in den Beratungen mit, dass der vorgeschlagene Zeitplan zu ambitioniert sei. Die Verwaltung könne den Kreisverkehr aber im darauffolgenden Jahr 2022 errichten. Unter Rücksichtnahme auf diese Einschätzung einigten sich die Fraktionen im Stadtparlament mehrheitlich den Kreisverkehr 2022 zu errichten.

Grüne Ideologie gegen Kreisverkehr

Lediglich Bündnis90/Die Grünen stimmten gegen die Errichtung des Kreisverkehrs. Und dies, obwohl im Klimaschutz-Konzept der Stadt Eschborn, das auf die Initiative derselben Grünen zurückgeht, der Bau von Kreisverkehren an geeigneten Standorten explizit vorgesehen ist, um den Verkehrsfluss zu verbessern und dadurch Emissionen zu reduzieren.

2024 – Wo bleibt der Kreisverkehr?

Inzwischen schreiben wir das Jahr 2024 und die o. g. Kreuzung hat sich bisweilen nicht zum Besseren verändert. Erkennbar genügen vier Jahre Planungszeit nicht, um einen einfachen Kreisverkehr zu bauen. Das ist – mit Verlaub – ein Armutszeugnis.

Antrag der FDP-Fraktion

Vor rund 3 Jahren, Ende Mai 2021, beantragte die FDP-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung ein Konzept für die Übernahme von Baumpatenschaften zu erarbeiten. Der Vorschlag wurde einstimmig beschlossen.

Bäume schützen

Nach teilweise sehr trockenen Jahren hatten sich die Freien Demokraten seinerzeit überlegt, wie die über 8.500 Bäume der Stadt geschützt bzw. deren Erhalt unterstützt werden könnte. Vor allem junge Bäume müssen regelmäßig künstlich bewässert werden, was aufgrund der Anzahl jedoch nicht immer flächendeckend möglich war und ist.

Bürgerschaftliches Engagement nutzen

Nach dem Vorbild von Kommunen wie Frankfurt, Kronberg oder Groß-Umstadt, sollte daher das o. g. Konzept Bürgern, Kitas und Schulen, Vereinen und Organisationen sowie Unternehmen ermöglichen, für einen oder mehrere Bäume im Stadtgebiet Patenschaften zu übernehmen und diese entsprechend zu pflegen. Kurzum: Bürgerschaftliches Engagement mit Naturschutz verknüpfen.

Gelungene Umsetzung

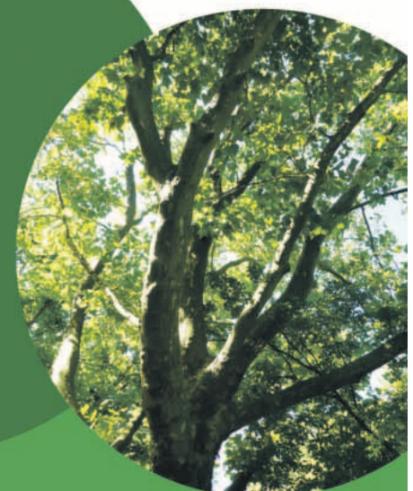
Nachdem die Verwaltung lange Zeit untätig war und die Freien Demokraten wiederholt nach der Umsetzung des Beschlusses fragten bzw. die Umsetzung

einforderten, wurde das Konzept inzwischen von der Verwaltung erstellt. Und es ist sehr gelungen!

Eschborner Baumpatenschaften

Werden Sie Baumpat*in!

#ausliebezueschborn



Stadt Eschborn



Wirtschaft stärken, Arbeitsplätze sichern!

Die Fraktion

Ihre Vertretung in der Stadtverordnetenversammlung



Christoph Ackermann

Fraktionsvorsitzender, Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss (HFA)



Ralf Engler

Stellv. Fraktionsvorsitzender, Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss (HFA), stellv. Stadtverordnetenvorsteher



Mathias Geiger

Stadtverordneter, Mitglied im Bau- und Umweltausschuss (BUA), Bürgermeister a.D.



Tobias Henrich

Stadtverordneter, Mitglied im Bau- und Umweltausschuss (BUA)



Angela Geiger

Stadtverordnete, Mitglied im Ausschuss für Jugend, Soziales und Sport (AJSS)



Norbert Groß

Stadtverordneter, Mitglied im Ausschuss für Jugend, Soziales und Sport (AJSS), Mitglied in der Verbandsversammlung des Wasserbeschaffungsverbandes Taunus



Christian Scherer

Stadtverordneter, Fraktionsgeschäftsführer, Mitglied in der Verbandsversammlung des Abwasserverbandes Westerbach, Kreistagsabgeordneter

Freie Demokraten

Ortsverband Eschborn **FDP**

Ihre Vertretung im Magistrat



Dr. Annette Christoph

Ehrenamtliche Stadträtin, Mitglied im Aufsichtsrat der Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen Eschborn GmbH (GWE)



Thomas Spriegel

Ehrenamtlicher Stadtrat

Rückblick und Bilanz

Historisch bestes Kommunalwahlergebnis

Mit 18,46 % erzielte die FDP Eschborn ihr historisch bestes Ergebnis und wurde zweitstärkste politische Kraft in Eschborn.

Sondierungsgespräche mit der CDU

Nach der Wahl und einem – im Rückblick – pro forma Sondierungsgespräch mit der CDU, hatte diese sich dazu entschieden, gemeinsam mit Bündnis90/Grünen und der FWE eine Koalition anzustreben. Statt mit der bürgerlichen Mitte wollte man lieber mit links-grün zusammenarbeiten. Ist diese Haltung ein Grund dafür, warum die CDU - trotz Ampel - nicht an alte Zustimmungswerte herankommt? Seitdem füllt die FDP-Fraktion ihre verantwortungsvolle Rolle als Oppositionsführer engagiert und gewissenhaft aus und konnte auch zahlreiche eigene Akzente setzen

werte herankommt? Seitdem füllt die FDP-Fraktion ihre verantwortungsvolle Rolle als Oppositionsführer engagiert und gewissenhaft aus und konnte auch zahlreiche eigene Akzente setzen

Bisherige Bilanz der FDP-Fraktion

Trotz ihrer kritischen Haltung als Oppositionsführer hat die FDP-Fraktion in dieser Wahlperiode bislang 28 Anträge in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht, die zumeist auch Mehrheiten fanden. Darüber hinaus hat die Fraktion 16 parlamentarische Anfragen zur Aufklärung verschiedener Sachverhalte gestellt, u. a. zur fehlerhaften Geldanlage bei der Greensill Bank.

Kompetenz und Bürgernähe – FDP

Der geplante Ankauf des Yaskawa-Geländes

Pleite mit Ansage

Anfang Januar 2022 brachte der Bürgermeister eine Beschlussvorlage zum Yaskawa-Gelände in die Gremien ein. Ziel: Der Ankauf des Yaskawa-Grundstücks. Dort sollte zunächst die Verwaltung in der Bauphase des Rathaus-Neubaus untergebracht, anschließend sollten auf dem Gelände mehrere hundert Wohnungen entstehen.

Kaufpreis weit über Schätzwert

Grundstück und Gebäude sollten in Summe inklusive Erwerbsnebenkosten rund 20 Mio. Euro kosten. Pikant daran war, dass ein eigens von der Verwaltung beauftragtes Verkehrswertgutachten den Wert lediglich mit 12 Mio. Euro beifferte.

Umfangreicher Fragenkatalog der Opposition

Angeführt von der FDP-Fraktion reichten die Oppositionsparteien einen umfangreichen Fragenkatalog zum geplanten Grundstücksankauf ein. Ein Punkt beinhaltete auch das Thema Altlasten. Insbesondere der Bürgermeister, aber auch die Koalitionsparteien, wischten dieses und alle weiteren Themen nonchalant bei Seite.

Eklat in der Stadtverordnetenversammlung

In der Stadtverordnetenversammlung selbst kam es zum Eklat. Bürgermeister und Koalition sperrten per Abstimmung die Öffentlichkeit aus der Sitzung aus – widerrechtlich, wie sich später herausstellte. Eine Begründung, die gemäß Hessischer Gemeindeordnung (HGO) für den nur höchst ausnahmsweise zulässigen Ausschluss der Öffentlichkeit aus der Stadtverordnetenversammlung

zwingend vorgesehen ist, lieferte keiner der Protagonisten.

FDP klagt – mit Erfolg

Im Anschluss an die Stadtverordnetenversammlung beauftragte die FDP-Fraktion den Kommunalrechtsspezialisten und Rechtsanwalt Gerhard Bennemann, vor dem Verwaltungsgericht Frankfurt feststellen zu lassen, dass die nichtöffentliche Beratung und Beschlussfassung rechtswidrig war. Unter dem Druck der Klage knickten Bürgermeister und Koalition ein und brachten die Vorlage erneut – ohne Ausschluss der Öffentlichkeit – in die nächste Stadtverordnetenversammlung wieder ein.

Zweifel der Opposition bleiben unerhört

Trotz der bestehenden Zweifel entschied die Koalition abermals, den Auftrag für den Grundstücksankauf zu geben. „Den Vorschlag, das Yaskawa-Gelände zu kaufen, um dort temporär die Verwaltung unterzubringen und es anschließend abzureißen und hunderte Wohnungen zu errichten, lehnt meine Partei aus Kosten- und Risikogründen ab. Als Anwohner der Hauptstraße möchte ich mir die verkehrlichen Auswirkungen nicht einmal ansatzweise vorstellen“, teilte der Stadtverordnete Christian Scherer in einem Leserbrief zur geplanten Bebauung anschließend mit.

Glück im Unglück: Grundstücksankauf scheitert

Mehr als ein halbes Jahr später waren die Verhandlungen – Gott sei Dank – gescheitert: Der Grund: Es wurde keine einvernehmliche Altlastenregelung gefunden. Ein Punkt, den die Oppositionsparteien zuvor deutlich in Frage gestellt hatten.

Eschborner Start-Up-Zentrum

Gute Beschlüsse, fehlende Umsetzung

„Moderne Wirtschaftsförderung erschöpft sich nicht allein in Ansiedlungspolitik. Nachhaltig erfolgreiche Wirtschaftsstandorte schaffen selbst bestmögliche Voraussetzungen für Innovation und Unternehmensgründung. Eschborn beherbergt als Standort der Dienstleistungs- und Digitalwirtschaft bereits zahlreiche Unternehmen, welche innovationsgetrieben in verhältnismäßig kurzen Zeiträumen eine globale Marktposition erreicht haben. Ziel des neuen Eschborner Start-Up-Zentrums soll es deshalb sein, Unternehmen von der Gründung bis zur Marktetablierung beste Standortvoraussetzungen zu bieten und damit den Wirtschaftsstandort Eschborn nicht als reinen Ansiedlungsstandort sondern auch als Innovations- und Gründungsstandort zu positionieren.“

Unterstützung der FDP-Fraktion

Diese Zeilen stammen aus einer Beschlussvorlage, die von der Koalition

aus CDU, Bündnis90/Die Grünen und FWE im Januar 2022 in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht und mehrheitlich auch beschlossen wurde. Ziel des Antrags war es, am Wirtschaftsstandort Eschborn ein Start-Up-Zentrum zu errichten. Die FDP-Fraktion hat diesen Antrag gerne unterstützt.

Papier ist geduldig

Mittlerweile sind nun zweieinhalb Jahre vergangen. Obwohl die Wichtigkeit dieses Themas immer wieder betont wurde, scheint die Umsetzung des Beschlusses in die Praxis in weiter Ferne zu liegen. Jedenfalls konnte der Bürgermeister den Stadtverordneten in den Ausschusssitzungen Anfang Januar 2024 noch nicht einmal ansatzweise Auskunft über die Ideen der Verwaltung zu dem beschlossenen Start-up-Zentrum geben, ja gar, dass hierzu ein Beschluss gefasst worden war, war dem Bürgermeister zwischenzeitlich entfallen.

Alte Feuerwehr Eschborn/ Unterortstraße

Wohnungen für Geflüchtete

Mitte 2022 teilte der Partei- und stellv. Fraktionsvorsitzende der CDU in einer Zeitungsbeilage mit, dass geplant sei, langfristig „dauerhaft neuen Wohnraum für alle gesellschaftlichen Bedarfe auf dem Areal der alten Feuerwehr – vor allem auch für größere Familien Geflüchteter“ – schaffen zu wollen.

113 Bürger auf geförderte sowie 194 Bürger auf freifinanzierte Wohnungen beworben. Insgesamt entstanden dort allerdings nur 29 Wohneinheiten. Das Delta umfasste demnach weit mehr als 300 Bürger. Die Tendenz dürfte aufgrund des demografischen Wandels zukünftig weiter steigend sein.



Klarer Bürgerwille

Über diese Meldung wunderte sich die FDP Eschborn, denn wir erinnern uns, dass im Jahr 2015 die Stadt Eschborn eine groß angelegte Umfrage zum Thema „Wohnen und Leben im Alter 55+“ durchführte und starke 48 % der Befragten im Stadtteil Eschborn sich dabei für die ehemalige Feuerwehr in der Unterortstraße als persönlich präferierten Standort für seniorengerechtes Wohnen aussprachen. Insgesamt nahmen 2.476 Bürger an der Umfrage teil.

Großer Bedarf an seniorengerechten Wohnungen

Nach Auskunft der Verwaltung warteten damals schon 62 Bürger auf eine Wohnung in der Hofreite Niederhöchstadt. Am Rapp-Kreisel hatten sich

Koalition contra Bürgerwille

Mit den Stimmen von CDU, Bündnis90/Die Grünen und FWE (Wahlslogan FWE: „Bürgerwille verdient Respekt“) und gegen die Stimmen der Freien Demokraten wurde im Mai 2022 die Grundlage für die o. g. Pläne gelegt.

Hoffnung: Kommunalwahl 2026

Es bleibt die Hoffnung, dass ein solches Bauvorhaben planerisch einige Jahre in Anspruch nehmen wird und die nächste Kommunalwahl Anfang 2026 der Umsetzung zuvorkommt und neue Mehrheiten schafft. Eschborns Freie Demokraten werden sicherlich weiter für eine Lösung werben, die der demografischen Entwicklung Rechnung trägt und den Wünschen der Senioren unserer Stadt gerecht wird.



Keine Baustopps für **Auto-**
bahnen und Bundesstraßen!

Schluss mit **grüner Ideologie!**

Freie
Demokraten

Ortsverband
Eschborn

FDP

Wir halten Maß und Mitte!

Anträge der FDP-Fraktion in den Stadtverordnetenversammlungen am ...

27. Mai 2021

1. Antrag zur Erstellung einer Corona-Studie, die die Folgen der Corona-Pandemie für Kinder und Jugendliche untersucht sowie Erarbeitung eines Maßnahmenpakets zur Abmilderung der Folgen
2. Antrag zur Erstellung eines Konzepts für Baumpatenschaften
3. Antrag zu vorübergehenden Verfahrensweisen bei städtischen Geldanlagen in Folge der Greensill-Pleite

15. Juli 2021

4. Antrag zum Beitritt der Stadt Eschborn in den Förderverein Sauberes Hessen e.V. und Organisation eines oder mehrerer Aktionstage „Sauberes Eschborn“
5. Antrag zur Teilnahme am Förderprogramm „Zukunft Innenstadt“ und Bewerbung um den Kommunalpreis

7. Oktober 2021

6. Antrag zur Erneuerung der verblassten Fahrbahnmarkierungen im Stadtgebiet
7. Antrag zur Inanspruchnahme von Fördermöglichkeiten nach der Richtlinie des Landes Hessen zur Förderung von Mobilitätsinnovationen
8. Gemeinsamer Wahlvorschlag von FDP, SPD und Linken zur Wahl der Ersten Stadträtin

18. November 2021

9. Antrag zur Verwendung von Fließbeton auf der Umgehungsstraße L3005 und innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen
10. Antrag zur Teilnahme an dem Citizen-Science-Projekt FLOW (Monitoring des Westerbachs durch ehrenamtliche Bürger mit wissenschaftlicher Begleitung)
11. Antrag zum Einsatz von Rechenanlagen an unterirdischen Durchlässen des Westerbachs

17. März 2022

12. Antrag zur optischen Aufwertung und regelmäßigen Reinigung von Fußgänger/Radfahrer-Unterführungen im Stadtgebiet
13. Antrag zur Erstellung einer Richtlinie zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung in der städtischen Verwaltung

19. Mai 2022

14. Antrag zur Würdigung der Eschborner Partnerstädte Zabbar (Malta) und Póvoa de Varzim (Portugal) im Stadtgebiet
15. Antrag zur Befestigung eines Fußwegs im Mühlenpark

21. Juli 2022

16. Antrag betreffend Beraterhaftung von Rödl & Partner (Greensill)
17. Antrag zur Abbildung von Sachständen und Fortschritten von Beschlüssen, insbesondere Bauvorhaben, im städtischen Rats- und Bürgerinfosystem (RIS)

29. September 2022

19. Antrag zum Zustand und ggf. Ausbau des Gasnetzes in Eschborn
20. Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung hinsichtlich einer zeitlichen Befristung zur Beantwortung von parlamentarischen Anfragen

23. März 2023

21. Änderungsantrag zum Ausbau bzw. Standort des Neubaus der Musikschule Taunus

20. Juli 2023

22. Antrag zur Kündigung eines Beratervertrags (Greensill)
23. Antrag zur städtebaulichen Weiterentwicklung des Montgeronplatzes durch die Errichtung einer Tiefgarage

18. Antrag zur Veröffentlichung des Berichts des Akteneinsichtsausschusses „Greensill“ für alle Bürger im Rats- und Bürgerinfosystem (RIS)

23. November 2023

26. Antrag zur Aussetzung der Grundsteuern A und B sowie der Hundesteuer
27. Antrag zur Solidarität mit Israel und Verurteilung von offenem Antisemitismus in Deutschland

28. September 2023

24. Antrag zur Erhebung einer Schadensersatzklage gegen die Fa. Rödl & Partner (Greensill)
25. Änderungsantrag zur Aufwertung von Unterführungen

21. März 2024

28. Antrag zur Modernisierung der Heinrich-Graf-Sportanlage

Libérale Matinée im Juli 2022:
Mit Roland Tichy und Achim Winter.



Für ein starkes Eschborn – FDP

Bahnhöfe Eschborn-Mitte und Niederhöhnstadt

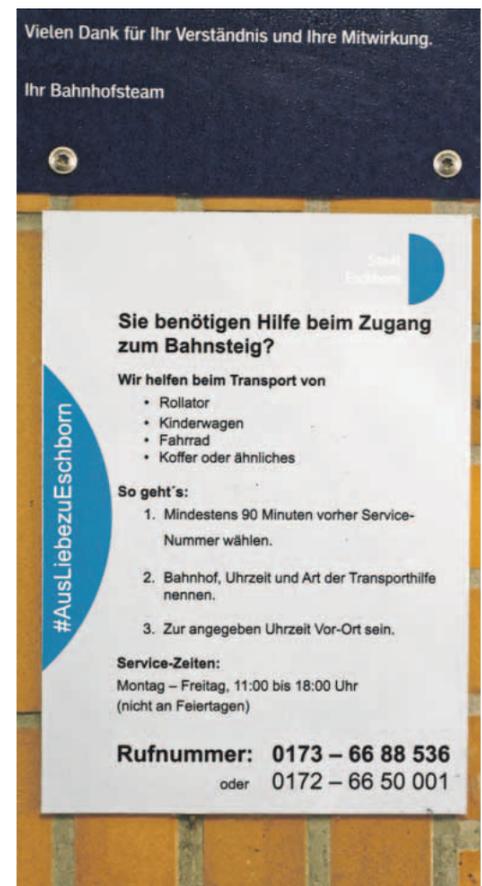
Wohlklingendes Wahlprogramm

„Eine zeitnahe Modernisierung der bestehenden Bahnhöfe Eschborn-Mitte und Niederhöhnstadt und deren Um-

„Chefsache“ machen zu wollen. Mehr als 4 Jahre sind nun seit dem Amtsantritt im Februar 2020 vergangen. Erkennbare Fortschritte sind für den

Kein Vorankommen

Der Ausbau der Bahnhöfe ist derzeit ohne Ziel und ohne Kraft. In Anbetracht einer Koalition und ihres Bürgermeisters,



die beide nicht müde werden, auch mittels politischer Entscheidungen in Eschborn das Klima retten zu wollen, ist diese Ambitionslosigkeit für die Verbesserung des örtlichen ÖPNV schon überraschend.

feldes sowie die Herstellung der dortigen Barrierefreiheit ist voranzutreiben, damit alle Bürgerinnen und Bürger die Bahnhöfe nutzen können und damit die Attraktivität des ÖPNV verbessert wird. Ich werde mich persönlich um den Dialog mit der Deutschen Bahn kümmern, um die Projekte voranzubringen.“ Kommt Ihnen dieser Text bekannt vor? Falls ja, haben Sie vermutlich das Wahlprogramm des amtierenden Bürgermeisters gelesen.

Chefsache?

Bereits Mitte 2019 hatte der heutige Bürgermeister angekündigt, die Modernisierung der beiden Bahnhöfe zur

Bahnhof Niederhöhnstadt jedoch weder zu vermelden, geschweige denn zu erkennen. Der Bahnhofsumbau Eschborn-Mitte wird weiterhin mühselig und zäh geplant – natürlich nicht ohne fortlaufende Kostensteigerungen.

FDP fragt nach

2022 hatten sich die Freien Demokraten erstmals nach dem Sachstand der Projekte erkundigt. Erkenntnis: Der letzte Fortschritt, nämlich die Unterzeichnung einer Planungsvereinbarung Ende 2019, zum Ausbau des Bahnhofs Eschborn-Mitte, wurde noch unter dem Vorgänger, Bürgermeister a. D. Mathias Geiger, abgewickelt.



Klage gegen die Obermayr-Schule

Bürgermeister und Koalition auf Abwegen

Klage gegen die Erweiterung der Obermayr-Schule

Ende 2022 kochte plötzlich und unvermittelt das Thema „Erweiterung der Obermayr-Schule“ in Schwalbach, Camp Phönix Park, hoch. Der Bürgermeister und seine ihn tragende Koalition planten nicht weniger als eine Normenkontrollklage gegen unsere Nachbarstadt Schwalbach einzuleiten. Ausgerechnet der Eschborner Bürgermeister, der zuvor viele Jahre Lehrer und Direktor an der örtlichen Gesamtschule war und ein großes Herz für Bildung haben müsste. Die Klage richtete

sich gegen den Ausbau der Obermayr-Schule, die gerade für die Stadt Eschborn mit ihren Gewerbegebieten und den dort ansässigen Weltunternehmen ein wichtiges Kriterium im Standortwettbewerb um internationale Fachkräfte ist.

Vorgeschobene Gründe

Im Kern befürchteten Bürgermeister und Koalition durch die Erweiterung der Obermayr-Schule eine übermäßige Verkehrsbelastung im Camp Phönix-Park und im Gewerbegebiet Süd. Sie kritisierten insbesondere, dass die

Stadt Schwalbach in ihren Verkehrsprognosen die Realisierung der bereits planfestgestellten Straßenverbindung der Eschborner Gewerbegebiete Süd und Ost annahm. Diese Verbindungsstraße würde vor allem die Kreuzung Frankfurter Straße/Sossenheimer Straße/Elly-Beinhorn-Straße stark entlasten.

Widersprüchliche Annahmen

Kurioserweise wurde die geplante Süd-Ost-Verbindung einige Jahre zuvor noch genutzt, um verkehrliche Thematiken in eigenen Bauleitverfahren der

Stadt Eschborn abzuwägen – so wie es in diesem Fall die Stadt Schwalbach tat. Beispielsweise ist der Standort des neugebauten Notfallzentrums am Friedhof explizit an die Realisierung der Süd-Ost-Verbindung geknüpft, um die nötigen Rettungszeiten im Gewerbegebiet Süd einzuhalten.

Wem nützt es?

Am Ende bleibt nur die Frage: Cui bono? Wem nützt es? Fest steht nur, der Bildung von jungen Menschen und dem Wirtschaftsstandort Eschborn nützt solches Handeln ganz sicher nicht!

Freie Bürger brauchen Freie Demokraten!

Erste Stadträtin (Bündnis90/Die Grünen) contra Kinderbetreuung

Die Erste Stadträtin unternahm im Januar 2023 heimlich, still und leise den Versuch, die Gruppengröße von zwei Kindertagesstätten mit besonderem Betreuungskonzept zu erweitern – allerdings ohne die eigenen Mitarbeiter, geschweige denn die betroffenen Eltern einzubinden bzw. zu informieren. Die Erste Stadträtin erntete für ihre respektlose Vorgehensweise einen Sturm der Enttäuschung (u. a. Leserbrief der Eltern im

Stadtspiegel). Die Freien Demokraten beleuchteten das Vorgehen ebenfalls in einer kritischen Pressemeldung. Unter dem Druck der Öffentlichkeit zog die Erste Stadträtin ihre geplante Vorlage zurück und schob sie in die nächste Sitzungsrunde. In der Zwischenzeit fanden dann auch Gespräche mit Mitarbeitern und Eltern statt, sodass eine einvernehmliche Lösung gefunden wurde. Wir fragen uns: Warum nicht gleich so?



EHRENAMT HAT VIELE GESICHTER!
DANKE
FÜR EUREN EINSATZ UND DIE ZEIT!

Neubau der Musikschule Taunus

Überflüssige Prüfung beantragt

Im März 2023 lag den Mandatsträgern ein Antrag vor, der den Magistrat beauftragen sollte, mögliche Standorte im Stadtgebiet für den Neubau der Musikschule zu prüfen. Aus Sicht der Freien Demokraten war diese Prüfung jedoch nicht notwendig, da ein geeignetes Grundstück bereits unter Bürgermeister a. D. Mathias Geiger ausserkoren wurde und die Stadtverordneten im September 2018 auch einen Beschluss in diesem Kontext fassten.

Das passende Grundstück

Dabei handelt es sich um ein Teilstück der ehemaligen Gärtnerei Wollrab, unmittelbar angrenzend an den Pausenhof der Süd-West-Schule, die Kindertagesstätte Alter Höchster Weg und den Kinderhort. Das Grundstück gehört der Stadt Eschborn, es bietet ausreichend Fläche, liegt zentral in Eschborn und der Bahnhof inklusive zweier Bushaltestellen sind nur wenige Meter entfernt. Kurzum: Das Grundstück eignet sich vorzüglich für den Neubau einer Musikschule.

Erfolgreicher Änderungsantrag der FDP-Fraktion

Die Freien Demokraten legten daher einen Änderungsantrag vor, mit dem Ziel, nicht erneut Zeit für eine Prüfung zu verschwenden, sondern den Neubau auf besagtem Grundstück zu realisieren. Erfreulicherweise unterstützten alle Fraktionen den Antrag der FDP.

Höchster Kreisblatt kritisiert Untätigkeit der Koalition

Ein Zeitungskommentar des Höchster Kreisblatts führte einige Tage später wie folgt aus: „Seit demnächst zwei Jahren

schon gibt es im Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung eine Koalition unter Beteiligung von CDU und Grünen, außerdem sind die Freien Wähler dabei. Jetzt haben aber SPD und FDP versucht, dem Thema Musikschule durch Anträge in der Stadtverordnetenversammlung neuen Schwung zu geben. Die Beschlüsse wurden einstimmig gefasst, und ausgerechnet CDU und Grüne bejubeln wenige Tage später per Pressemitteilung die Überwindung ihrer eigenen Untätigkeit.“ Dieser Feststellung kann auch die FDP nichts mehr hinzufügen!



Freie Meinung braucht Freie Demokraten!

Der Bürgermeister feiert Geburtstag – auf Ihre Kosten!

Im April 2023 – in der Hochphase der galoppierenden Inflation – sorgte Eschborns Bürgermeister für Schlagzeilen. Auf Kosten der Stadt Eschborn feierte er seinen Geburtstag für über 10.000 Euro – den Einsatz des städti-

schon Personals für die Organisation noch nicht mitgerechnet. Dies veranlasste den Partei- und Fraktionsvorsitzenden Christoph Ackermann, einen offenen Brief an den Bürgermeister zu adressieren:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Shaikh,

herzliche Glück- und Segenswünsche für Ihr 50. Wiegenfest in dieser Woche. Alles Gute für das neue Lebensjahr, vor allem Gesundheit.

Gerne sage ich Ihnen zu, dass ich – wie von Ihnen statt Geschenken erbeten – eine Spende an den örtlichen Hospizverein leisten werde. Das mache ich gerne und finde ich eine sehr gute Idee.

Gleichzeitig muss ich Ihnen jedoch mitteilen, dass ich Ihrer ebenfalls ausgesprochenen Einladung nicht folgen kann. Es irritiert mich sehr, dass Sie, Herr Bürgermeister, anlässlich Ihres 50. Geburtstages, mit dem Geld der Steuerzahler einen erlesenen Kreis zu einer „kleinen Feierstunde“ einladen wollen.

Diese Idee erscheint mir in der aktuellen Situation weder angemessen noch von besonderem Taktgefühl oder Weitsicht geleitet.

Was meine ich? Aufgrund der recht deutlichen Inflation der letzten Monate müssen viele Menschen in diesem Land sehr genau rechnen. Es wird sogar Familien geben, die eine Geburtstagsfeier für Ihre Kinder nicht stattfinden lassen können oder nur sehr abgespeckt.

Hinzu kommt der Umstand, dass 35 Millionen in Ihrer Dienstzeit weggekommen sind, was bis heute zu keinerlei Konsequenzen bei irgendeinem der Verantwortlichen und Beteiligten – sei es in der Verwaltung oder Beratung – geführt hat.

Wären in Anbetracht dieses Zeitgeschehens nicht Bescheidenheit, Demut und Zurückhaltung die besseren Eigenschaften und Beleg für einen klügeren Geist?

Ich bin ein Stück fassungslos über die Schamlosigkeit, mit der hier der „besondere Anlass in angemessener Form“ begangen werden soll. Öffentliche Mittel für private Zwecke und eine Selbstdarstellung (oder ist es Wahlkampf?) zu verwenden oder „Celebrate with other people's money“, das alles geht mir in diesen besonderen Zeiten definitiv zu weit.

Dabei möchte ich sehr deutlich betonen, dass es völlig unerheblich ist, was bisher in ähnlichen Fällen in der Vergangenheit geschehen ist oder nicht. Denn gerade die anderen Zeiten und insbesondere Ihre Erfolge als Kämmerer verlangen meines Erachtens ein völlig anderes Handeln und eine andere Haltung.

Ich werde stattdessen den relevanten Abend anders verbringen. Ich folge der Einladung der Eschborner Lions zu deren Benefizveranstaltung.

*Mit freundlichen Grüßen
Christoph Ackermann*

EID MUBARAK

Bedenklich agierte der CDU Bürgermeister auch zum Ende des muslimischen Fastenmonats Ramadan im vergangenen Jahr. Bei seinen Glückwünschen in den sozialen Medien nannte er auch explizit die DITIB, eine Vereinigung des politischen Islams in Deutschland, die aus zahlreichen Gründen, insbesondere auch von CDU Vertretern, zu Recht sehr kritisch gesehen wird. Ist diese demonstrierte Nähe des Bürgermeisters zu dem Islamverband auch

ein Grund, weshalb die Israel-Resolution der FDP-Fraktion, die Ende November 2023 in die Gremien einbrachte wurde, von der Koalition, insbesondere auch der CDU, abgelehnt wurde?

Erklären wollte man sich nicht und verlief sich in banalen Phrasen. Eine Blamage für einen Ort wie Eschborn, der seine Prosperität auch dem Engagement von Mitgliedern der jüdischen Gemeinde verdankt.

3. Liberale Matinée

Nach Corona: Endlich wieder eine Matinée

Im Juli 2022 folgten nach einer zweijährigen Corona-Auszeit knapp 200 Gäste der Einladung zur Liberalen Matinée in den Skulpturenpark in Niederhöchstadt.

Roland Tichy und Achim Winter zu Gast

Die Freien Demokraten haben sich sehr gefreut, mit Roland Tichy und Achim



Winter zwei bekannte Persönlichkeiten der deutschen Medienbranche begrüßen zu dürfen, die ihre Ansichten zum Nachdenken, Überlegen und Schmunzeln zum Besten gaben.

Liberal-konservatives MeinungsMagazin „Tichys Einblick“

Roland Tichy ist ein bekannter Wirtschaftsjournalist und Publizist. Seit 2014, einem für Deutschland hinsichtlich der verheerenden Migrationspolitik äußerst verhängnisvollen Jahr, ist Roland Tichy Herausgeber des liberal-konservativen MeinungsMagazins „Tichys Einblick“, das monatlich erscheint und sich - im Gegensatz zum Trend in den Printmedien - wachsender Leserzahlen erfreut.

Der ewige Funkturm

Erbaut vor 18 Jahren

Rund 18 Jahre ist es mittlerweile her als der Niederhöchstädter Funkturm erbaut wurde. In einer Nacht-und-Nebel-Aktion war der 30 Meter hohe Funkturm unmittelbar hinter der Westerbach Sportanlage errichtet worden.

Gründung der ITNE

Aus der Bevölkerung regte sich schnell Widerstand. Vor allem beteiligt daran waren Anwohner aus der unmittelbaren Nähe des Funkturms. Die Organisation des Widerstands erfolgte in dem sogenannten „Infoteam Niederhöchstadt Eschborn“, kurz ITNE. Ziel der Gruppe: Der Funkturm muss weg!

Aus der ITNE wird die FWE

Aus der Mitte der ITNE heraus gründeten sich dann einige Zeit später die Freien Wähler Eschborn-Niederhöchstadt (FWE), die allerdings nichts mit den bürgerlich ausgerichteten Freien Wählern von Hubert Aiwanger gemein haben.

Viele Anstrengungen, keine Erfolge

Viele Anstrengungen wurden von den Verantwortlichen unternommen, um gegen den Funkturm zu kämpfen, u. a. eine Petition beim Hessischen Landtag und sogar eine Klage vor dem Frankfurter Verwaltungsgericht. Nur der gewünschte Erfolg stellte sich nicht ein.

Aktionismus vor den Wahlen

Im Februar 2021, kurz vor der Kommunalwahl, erinnerte sich die FWE dann urplötzlich wieder an den Grund ihrer Gründung und ihr Lieblingsthema und brachte eine Beschlussvorlage in die Gremien ein. Die Mehrheit stimmte seinerzeit auch dafür, den Pachtvertrag zu kündigen – wenn alternative Optionen vorgestellt wurden.

Pachtvertrag wird gekündigt – endlich am Ziel?

Alternativen wurden jedoch nicht vorgestellt. Stattdessen legte der Bürgermeister den Stadtverordneten im Januar 2022 eine Beschlussvorlage vor, die

die Kündigung des Pachtvertrages vorsah, damit „die Beendigung des Vertrages am 30.09.2023 erfolgen kann“.

Kuriose Rolle rückwärts

Im Mai 2023 schlug der amtierende Bürgermeister jedoch den Stadtverordneten genau das Gegenteil vor, nämlich den Pachtvertrag für den Funkturm an der bisherigen Stelle erneut abzuschließen und damit im Ergebnis zu verlängern. Die Koalition samt FWE stimmten dem Vorschlag zu.

Beteiligung der Bürgerschaft? Fehlanzeige.

Die Freien Demokraten hätten sich bei diesem sensiblen Thema eine starke Einbindung der Bürgerschaft und die vielfach zitierte ‚Transparenz‘ gewünscht. Die Details zur Verfahrensweise und letztlich zur Entscheidungsfindung schulden die Koalitionsparteien, insbesondere die FWE, den Niederhöchstädtern, die seit vielen Jahren auf Veränderung gehofft haben.



Montgeronplatz weiterentwickeln



Antrag der FDP-Fraktion

Mitte 2023 wollten die Freien Demokraten den Magistrat beauftragen zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Tiefgarage unter dem Montgeronplatz errichtet werden kann. Der Montgeronplatz gehört zu den zentralen und wichtigen Plätzen in Niederh Höchststadt. Er besteht derzeit aus einem Parkplatz für das Bürgerzentrum mit einem kleinen Brunnen.

Gemeinsames Projekt mit der Andreaskirche

Die evangelische Andreaskirche hatte Anfang 2023 ihr geplantes Projekt ei-

nes Kirchenneubaus bei allen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung vorgestellt. Das Bauprojekt der Andreaskirche bot der Stadt die einmalige Chance, im Zuge der ohnehin geplanten Baumaßnahmen, den Montgeronplatz durch Errichtung einer gemeinsamen Tiefgarage städtebaulich aufzuwerten.

Städtebauliche Weiterentwicklung

Aus städtebaulicher Sicht könnte der Montgeronplatz eine deutliche Aufwertung erlangen, wenn die Parkplätze in eine Tiefgarage verlegt werden und

der Platz an sich attraktiv neugestaltet würde, beispielsweise mit Sitzgelegenheiten, Kunstobjekten sowie identitätsstiftenden und den Stadtteil Niederh Höchststadt repräsentierenden Merkmalen. Auch im Masterplan 2030+ wurde nach Beteiligung der Bürger festgehalten, dass auf dem Montgeronplatz durch Verlagerung der Parkplätze in eine Tiefgarage Aufenthaltsqualität für die Bürger zu schaffen ist.

Ablehnung des Antrags durch die Koalition – Chance vertan

Die Freien Demokraten hatten gehofft, für ihren Antrag Unterstützung aus den

anderen Fraktionen zu erhalten, da es eigentlich allen Parteien ein Anliegen sein sollte, den Montgeronplatz in Niederh Höchststadt attraktiver zu gestalten. Allerdings lehnte die Koalition den Antrag letztlich ab. Die Freien Demokraten bedauern sehr, dass die günstige Gelegenheit mit dem Neubau der Kirche der Andreaskirche nicht genutzt werden soll, um eine für alle – Ungläubige, Andersgläubige und Christen – sinnvolle Stadtentwicklung zu erreichen.

Kriminalität in Eschborn – Eine gefährliche Entwicklung

Negative Entwicklung in Eschborn

Ende März 2023 wurde die Kriminalstatistik im Main-Taunus-Kreis für das Jahr 2022 vorgelegt. Der daraus resultierende Trend, nämlich insgesamt eine deutliche Zunahme der Kriminalität, ist besorgniserregend. Besonders prekär ist die Entwicklung in Eschborn.

Rasanter Anstieg der Fallzahlen

Eschborn stand 2022 – bedauerlicherweise – an der Spitze der Statistik: Die Fallzahlen waren um 115 im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Sogar die Stadt Hofheim, die im Gegensatz zu Eschborn fast doppelt so viele Einwohner hat, verbuchte „nur“ einen Zuwachs von 84 Fallzahlen. Unterstrichen wurde diese negative Entwicklung in Eschborn durch mehrere Fälle, in denen mehrere Se-

nieren binnen kürzester Zeit – am helllichten Tage! – ausgeraubt wurden.

Theorie und Praxis – zwei Welten

Unter der Überschrift „Mehr Sicherheit für Eschborn – Bürgermeister Shaikh begrüßt neue Kolleginnen und Kollegen der Stadtpolizei“ verkündete der Bürgermeister in einer städtischen Pressemitteilung am 02.11.2020, dass ein besonderes Hauptaugenmerk der Stadtpolizei auf der Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls von Bürgerinnen und Bürgern liege. Der Fraktions- und Parteivorsitzende Christoph Ackermann stellt dazu fest: „Wenn die objektiven Zahlen und Tatsachen eine deutliche Zunahme von Kriminalität zeigen, kann das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger nicht erhöht werden.“

Ziel verfehlt

Dass der Bürgermeister seinen eigenen Zielen nicht gerecht wird, zeigt sich gerade im Bereich der Sicherheitspolitik. So heißt es noch im Wahlprogramm: „Ich möchte, dass die Stadtpolizisten in ihrer Rolle als Sicherheitspartner, Helfer und Ansprechpartner verstärkt wahrgenommen werden und dabei auch abends wie nachts mit einer Notfallnummer direkt für Bürgerinnen und Bürger ansprechbar sind. Objektive Sicherheit, aber auch das subjektive Sicherheitsgefühl sind nur durch eine rund um die Uhr ansprechbare Ordnungsbehörde zu gewährleisten.“ Die tatsächlichen „Betriebszeiten“ der Stadtpolizei sind jedoch von „rund um die Uhr“ meilenweit entfernt.

PKS 2023 – keine Besserung

Die Statistik für 2023 sieht indes nicht besser aus. Eschborn bleibt von allen Kommunen im Main-Taunus-Kreis auf Platz 3 bei den absoluten Fallzahlen, hinter Hofheim und Hattersheim. Dieser negative „Spitzenplatz“ wird belegt, obwohl bspw. Kelkheim, Bad Soden und Flörsheim mehr oder zumindest genauso viele Einwohner haben. Und auch die Nachrichten aus dem laufenden Jahr 2024 lassen wenig Gutes erahnen. Zuletzt wurde eine Seniorin im Bereich der Weingärten in Niederh Höchststadt mit Pfefferspray niedergestreckt und ausgeraubt. Kaum ein Tag vergeht ohne Meldungen zu Straftaten im Stadtgebiet.

4. Liberale Matinée

Gut besucht

Ende Juli 2023 folgten mehr als 200 Gäste der Einladung der Freien Demokraten um dort die 4. Liberale Matinee zu begeben. Erstmals beteiligte sich auch die FDP Main-Taunus an der Veranstaltung, die ihr jährliches Sommerfest, das über viele Jahre in Bad Soden stattfand, an die Liberale Matinée anschloss. Als besonderen Ehrengast konnten die Freidemokraten den bekannten Autor und Kolumnisten Jan Fleischhauer begrüßen.



Dank an Stadtrat a. D. Heinz O. Christoph

Der Partei- und Fraktionsvorsitzende Ackermann erinnerte in seiner Begrüßungsrede daran, dass der Ort der Veranstaltung, der Skulpturenpark, auf das

Wirken des ehemaligen Gründerelementen Heinz O. Christoph (FDP) zurückgeht, der teils unter heftigem Widerstand verschiedener politischer Akteure die Entstehung dieses Juwels initiierte.

Warnung vor dem Linksrutsch

Sorgen dagegen bereitete Ackermann der starke Linksrutsch in Land und Bund sowie in zahlreichen Medien in den vergangenen Jahren, insbesondere innerhalb der CDU und FDP. Der Partei- und Fraktionschef forderte dazu auf, schnellstmöglich den Rückwärtsgang einzulegen und wieder Politik für die Mitte der Gesellschaft zu machen. Ansonsten würden sich die Bürger vermehrt nach politischen Alternativen umsehen oder ihr Wahlrecht ungenutzt lassen.

Liberal-konservatives Profil der Eschborner FDP

Beispielhaft führte Ackermann den eigenen liberal-konservativen Ortsverband der FDP in Eschborn an, der mit klarem bürgerlichem Profil und dem Widerstand gegen grüne und linke Ideologien bei der letzten Kommunalwahl stolze 18,45 % der Wähler überzeugte und damit zweitstärkste Kraft in Eschborn wurde. Ein kommunales Ergebnis, das die FDP nicht allzu häufig im Bundesgebiet erreicht.



Immer wieder personelle Probleme im Rathaus

Gewerbeamt nicht erreichbar

Die Dysfunktionalität der Eschborner Stadtverwaltung erreichte im September 2023 einen neuen, besorgniserregenden Tiefpunkt: Das städtische Gewerbeamt war über Wochen nicht besetzt. Vorgänge wurden nicht bearbeitet, eine telefonische Kontaktaufnahme oder Besuche von Kunden bzw. durch die für Eschborn so eminent wichtigen Gewerbetreibende waren nicht möglich. Existenzgründer konnten daher keine verwaltungsseitige Unterstützung erhalten.

Selbstversuch der Freien Demokraten

Die Freien Demokraten hatten sogar den Selbstversuch gewagt: Eine telefonische Kontaktaufnahme war an mehreren Tagen, zu unterschiedlichen Uhrzeiten, nicht möglich. Wer sich per E-Mail an das Gewerbeamt wendete, erhielt folgende automatische Rückantwort: „Guten Tag, Ihre E-Mail hat uns erreicht und wird schnellstmöglich bearbeitet. Wichtiger Hinweis: Bitte beachten Sie, dass aktuell aus personellen Gründen mit einer längeren Bearbeitungszeit zu rechnen ist. Dies ist eine automatisierte Antwort.“

Transparenz?

Einen Hinweis auf das geschlossene Gewerbeamt fand man allerdings weder

auf der städtischen Homepage noch in der örtlichen Presse. Aus Sicht der Freien Demokraten ist es nicht weniger als ein Desaster, dass an einem der besten Wirtschaftsstandorte in Deutschland das Gewerbeamt nicht arbeitsfähig ist.

Erkennbare Mängel

Eschborns Freie Demokraten wiesen in der Vergangenheit des Öfteren auf diverse personelle Mängel hin, die unter dem verwaltungsunfähigen Bürgermeister verursacht wurden. Beispielhaft sei hier nur an das kostspielige Mediationsverfahren in der Eschborner Stadtpolizei erinnert.

Investitionen bleiben aus

Die Mängel in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie im persönlichen Umgang mit einzelnen Mitarbeitern schlägt sich natürlich auch auf die Produktivität bzw. die Arbeitsergebnisse nieder. „Es mangelt laufend und eklatant am Vollzug der aufgestellten Haushalte, wie die ausgebliebenen Investitionen im Jahr 2021, 2022 und 2023 zeigen“, teilt der Partei- und Fraktionsvorsitzende Christoph Ackermann mit. Für das laufende Jahr 2024 wird nicht mit einer echten Verbesserung gerechnet.

Rathaus / Stadthalle

Pläne zur Sanierung von Rathaus und Neubau der Stadthalle

Im Herbst 2023 hat der Bürgermeister seine Pläne für die Sanierung samt Teilneubau des Rathauses sowie dem Neubau von Stadthalle und Bibliothek vorgestellt. Die Kostenschätzung liegt derzeit (!) bei 135 Mio. Euro. Zum Vergleich: Unter Bürgermeister a.D. Mathias Geiger wurde noch mit rund 75 Mio. Euro geplant.

Projektkosten steigen immer weiter

Viele Monate später nun eine deutliche Teuerung des Projekts. Während derzeit reihenweise Bauträger sämtliche Neubaupläne ad acta legen, aufgrund der gravierend veränderten Rahmenbedingungen, insbesondere auch der gestiegenen Baukosten, werden die Planungen in Eschborn dagegen immer umfangreicher und kostspieliger. Dies ist auch deshalb erstaunlich, da Corona eine Entwicklung in Gang gesetzt hat, die immer mehr Mitarbeitern, auch im öffentlichen Dienst, die Arbeit von zu Hause ermöglicht und somit Büroflächen entbehrlich macht.

Wirtschaftlichkeit wird außer Acht gelassen

Der Bürgermeister, dessen gesetzliche Aufgabe es ist, insbesondere mit Blick auf die Wirtschaftlichkeit Projekte entsprechend zu steuern und Dienstleistern der Stadt nicht einfach im Laissez-Faire-Führungsstil freie Hand bei den Planungen zu lassen, hat diese Verpflichtung – wie schon häufiger in seiner Amtszeit – schlicht verfehlt.

Forderung nach Einsparungen

Die SPD-Fraktion hatte den guten Vorschlag unterbreitet, man möge den Stadtverordneten hinsichtlich der Planungen Einsparpotentiale in Höhe von rund 20 % aufzeigen. Diesen mit einem klaren Ziel versehenen Änderungsantrag hätte die FDP-Fraktion gern unterstützt. Allerdings ließ sich die SPD auf einen wachweichen Kompromiss mit der Koalition ein, sodass der gute Vorschlag letztlich verwässerte.

Keine Zustimmung der FDP-Fraktion

Aus diesem Grund stimmten die Freien Demokraten der Vorlage des Bürgermeisters auch nicht zu. Es bleibt zu hoffen, dass die Kosten, wie sonst leider in weiten Teilen der öffentlichen Verwaltung üblich, am Ende nicht exorbitant höher liegen. Wir befürchten am Ende stehen die Gesamtkosten bei 180 bis 200 Millionen Euro.

Kein sorgsamer Umgang mit Steuergeldern

Bisher hatte der amtierende Bürgermeister keine glückliche Hand bei der Verwaltung der Stadtkasse, denn die Rücklagen der Stadt Eschborn schrumpfen von Jahr zu Jahr. Leider nicht nur durch sinnvolle Investitionen, sondern in bedenklicher Weise auch durch hohen Konsumaufwand und bloße Geldverschwendung. Die Freien Demokraten werden diese gefährliche Entwicklung nicht mittragen, denn das Vermögen der Stadt, ist das Vermögen aller Bürger und ein sorgsamer Umgang ist die Pflicht aller Verantwortlichen.

Impressum:

FDP Ortsverband Eschborn
V.i.S.d.P.: Christoph Ackermann
Hauptstraße 55 · 65760 Eschborn · Tel. 0 61 96 - 921 40 50 · Fax 0 61 96 - 921 40 70
info@fdp-eschborn.de · www.fdp-eschborn.de

Wirtschaft stärken, Arbeitsplätze sichern!

Stillstand: Die historische Hofreite im Ortskern von Niederhöchstadt.



Neuer FDP-Vorstand

Vorstandswahlen im Oktober 2023

Im Oktober 2023 trafen sich die Freien Demokraten Eschborn zur Mitgliederversammlung im Restaurant Westerbachhalle. Auf der Tagesordnung standen u. a. die Vorstandswahlen.

Ackermann bleibt Vorsitzender

Zunächst bestätigten die versammelten Mitglieder Christoph Ackermann einstimmig im Amt des Ortsvorsitzenden. Als seine Stellvertreter wurden Ralf Engler und Robert Mergler wiedergewählt. Als Schatzmeisterin wurde Heike Schneider im Amt bestätigt.

Frische und bewährte Kräfte komplettieren den Vorstand

Anschließend wählte die Versammlung Heinz O. Christoph, Norbert Groß, Niklas Kühn, Thomas Spriegel, Jochen Steinbach, Detlef Unger und Frederick von Sternheim zu Beisitzern und bestätigten Heinz A. Göbbels im Amt des EU-Beauftragten. Als kooptiertes Mitglied gehört dem Vorstand weiterhin die ehrenamtliche Stadträtin Dr. Annette Christoph an. Außerdem wählte die Versammlung Michael Geiger und Thomas Bartoszek erneut zu den Kassenprüfern.

FDP fordert Steuersenkung

Grundsteuern A und B, Hundesteuer

Eschborns Freie Demokraten haben im Rahmen der Haushaltsberatungen für das laufende Jahr eine millionenschwere Entlastung für alle Bürger vorgeschlagen. Die FDP forderte Ende 2023 die Grundsteuer A und die Hundesteuer dauerhaft abzuschaffen sowie die Erhebung der Grundsteuer B zunächst befristet für ein Jahr auszusetzen.

3 Mio. Euro Entlastung für die Bürger

Während man seitens der Verwaltung mit Einnahmen in Höhe von 2,85 Mio. Euro aus der Grundsteuer B kalkuliert, fallen die Einnahmen mit 10.000 Euro aus der Grundsteuer A sowie 85.000 Euro aus der Hundesteuer kaum ins Gewicht. Das gesamte Volumen des Haushalts beträgt schließlich knapp 300 Mio. Euro. Insgesamt wollten die Freien Demokraten die Bürger somit um rund 3 Mio. Euro entlasten.

Hundesteuer endlich abgeschafft

Die zwischenzeitlich vorgelegte Evaluation der Hundesteuer hat die Freien Demokraten in ihrer Haltung bestätigt, dass sich eine Erhebung weder finanziell rechnet noch aus sonstigen Gründen sinnvoll ist. Erfreulich ist, dass sich die Koalition daher auch dazu durchgerungen hat, die Steuer – mit Ausnahme von sog. Listenhunden – auf null zu reduzieren.

Bürger hätten sich Entlastung verdient

Deutlicher würde die Entlastung der Bürger durch die umlagefähige Grund-

steuer B ausfallen. „Dadurch hätten Eigentümer von selbstgenutzten Immobilien, aber auch sämtliche Mieter entlastet werden können“, teilt der Partei- und Fraktionsvorsitzende Christoph Ackermann mit. Die Bürger hätten nach den wirtschaftlichen Schäden durch die erratischen Corona-Maßnahmen und die politisch verschuldeten Preissteigerungen im Energiesektor sowie die ebenfalls hohe Inflation in allen übrigen Bereichen des täglichen Lebens eine umfassende Entlastung verdient, so Ackermann weiter.

Höhere Wassergebühren seit 01.01.2024

Erschwerend kommt hinzu, dass der Bürgermeister für dieses Jahr die Wassergebühren angehoben hat. Die Gebühr des Niederschlagswassers steigt ab dem 01.01.2024 von 0,32 EUR auf 0,44 EUR pro m² (+ 37,5%) und die Schmutzwassergebühr von 1,50 EUR auf 1,97 EUR pro m³ (+31,3 %). Die Gebühr der Wasserversorgung steigt ab dem 01.01.2024 von 2,86 EUR je m³ auf 3,32 EUR (+ 16,1 %).

Ablehnung durch Parlamentsmehrheit

Das Ansinnen der FDP-Fraktion, die Bürger durch den einmaligen Entfall der Grundsteuern A und B mit insgesamt rund 3 Mio. Euro zu entlasten, wurde letztlich von der Mehrheit im Stadtparlament abgelehnt. Es zeigt sich, dass selbst in der Kommunalpolitik, die Bereitschaft dazu, die Hände aus den Taschen der Bürger zu lassen, nicht wirklich vorhanden ist.



Ihre liberal-konservative Stimme – FDP Eschborn

Baugebiet Sulzbacher Straße

Keine Zustimmung der FDP

Eschborns Freie Demokraten haben in der Stadtverordnetenversammlung im März 2024 der mehrheitlich beschlossenen Offenlage des Bebauungsplans 250 „Südlich der Friedensstraße“ nicht zugestimmt. Vor rund 5 Jahren, im September 2019, wurde in der Stadtverordnetenversammlung der Beschluss gefasst, für das Gebiet zwischen der Sulzbacher Straße und der Friedensstraße, unmittelbar angrenzend an die Landesstraße 3005, einen Bebauungsplan aufzustellen. Das Gelände wurde zuvor der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) abgekauft, mit dem Ziel, dort Wohnraum zu schaffen.

Überwiegend „soziale“ Wohnungen geplant

Dem Aufstellungsbeschluss hatten die Freien Demokraten schon nicht zugestimmt, da er vorsah, überwiegend soziale Wohnungen zu schaffen. Die FDP-Fraktion plädierte dafür, maximal 30 % sozial geförderte Wohnungen zu errichten, fand jedoch keine Mehrheit.

Viele Unklarheiten

Unklar und teils widersprüchlich sind nach wie vor Fragen des Lärmschutzes bzw. zur Höhe der Lärmschutzwand. Auch die Zuständigkeiten dafür konnte in den Gremien nicht hinreichend erläutert werden. Darüber hinaus ist der vorgesehene Abstand der geplanten Bebauung zur Landesstraße L 3005 fragwürdig.

Befangenheit von Mandatsträgern?

Erschwerend kommt hinzu, dass mehrere Mandatsträger aus dem Kreise der Koalition, die an dem Verfahren bislang



mitgewirkt haben, gem. § 25 Hessischen Gemeindeordnung (HGO) als befangen angesehen werden könnten. Beispielsweise kommt der für die Bebauung erforderliche Lärmschutz auch den umliegenden Nachbargrundstücken zu Gute, so dass Grundstückseigentümer oder Nutzer solcher betroffenen Flächen aus Sicht der Freien Demokraten an der politischen Willensbildung nicht hätten teilnehmen dürfen.

Charakter des Wohngebiets erhalten

Die Freien Demokraten sind nicht grundsätzlich gegen eine Bebauung des Areals. Allerdings muss zwingend darauf geachtet werden, dass der Charakter der umliegenden Wohnbebauung – Einzel- und Reihenhausbebauung – nicht konterkariert wird. Auch sollte ein fehlerfreies Verwaltungsverfahren durchgeführt werden. Beides scheint mit der bisherigen Vorgehensweise nicht der Fall zu sein.

Fehlende Transparenz

Zu allem Überfluss wurde nun im Nachgang der Stadtverordnetenversammlung bekannt, dass einige der Anwohner einen Fachanwalt für Baurecht engagiert haben, der vor geraumer Zeit schon einen umfassenden Schriftsatz an die Stadtverwaltung geschickt hatte. Den Mandatsträgern wurde dieser Schriftsatz jedoch bislang vorenthalten. Leider kein Einzelfall, dass über wichtige Schriftsätze an die Verwaltung, der Bürgermeister gerne den Mantel des Schweigens legt.

Hochwasser- und Starkregenschutz

Es war einmal...

„Eschborn wird widerstandsfähiger gegen Starkregenereignisse“ – so lautete der Titel einer städtischen Pressemeldung im April 2024 – ein Märchen aus dem Rathaus. Die Stadt Eschborn sehe sich angesichts der neuerlichen Starkregenereignisse, die insbesondere den Stadtteil Niederhöhnstadt betrafen, bestätigt darin, zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen. Welche konkreten Maßnahmen wurden denn bisher ergriffen? Tatsächlich herrschen bei den verantwortlichen Kräften im Rathaus und bei den Koalitionären eine Mischung aus Tiefschlaf, Ratlosigkeit und Durchhalteparolen.

Antrag der FDP-Fraktion

Vor fast schon 4 Jahren hatten die Freien Demokraten die Erstellung eines Hochwasserschutz-Konzepts initiiert. Auslöser war seinerzeit ein heftiges Starkregen-Ereignis, bei dem der Westerbach über die Ufer trat und die Kanalisation in Teilen von Niederhöhnstadt kapitulierte.

Schleppende Bearbeitung

Spätestens seit diesem Zeitpunkt war das Thema auf der politischen Agenda. Nur schleppend wurde es jedoch nach der Beschlussfassung im Rathaus bearbeitet. Zwischenzeitlich übertrug der Bürgermeister die Verantwortung an seine Stellvertreterin, die Erste Stadträtin – damit also keine Chefsache mehr.

Fokus auf Kanalisation

„Hinsichtlich der Kanalisation ist zu prüfen, wie diese – vor allem mit Blick auf die zunehmende bauliche Verdichtung – schnell und adäquat verbessert werden kann“, forderte der Partei- und Fraktionsvorsitzende Christoph Ackermann im September 2020 in einer Pressemeldung der FDP.

Mehr Fragen als Antworten

Die Stadtverwaltung teilte im April dieses Jahres nun mit, dass eine umfassende Befahrung des Kanalnetzes, einschließlich des Stadtteils Niederhöhnstadt, in Vorbereitung sei, um detaillier-

te Erkenntnisse über den Zustand des Kanalsystems zu gewinnen. Diese – aus Sicht der Freien Demokraten – sehr erstaunliche Ankündigung warf gleich mehrere Fragen auf:

1. Warum hatte die Stadtverwaltung im April 2024 ganz offensichtlich noch keine ausreichenden Erkenntnisse zum Zustand ihres eigenen Kanalsystems?
2. Warum wurden die vergangenen 4 Jahre nicht schon längst für eine detaillierte Bestandsaufnahme genutzt?
3. Auf welcher Basis wurde in der Vergangenheit gegenüber betroffenen Bürgern unhaltbare Behauptung aufgestellt, dass eine Erweiterung des Kanalsystems, bspw. im Bereich der Mühlstraße, nicht machbar oder sinnvoll sei?

Reinigung der Sinkkästen: Die Lösung?

Die Stadtverwaltung rühmte sich nun in besagter Pressemeldung damit, die

Sinkkästen häufiger als üblich zu reinigen. Wer sich ausführlich mit der Thematik Starkregen, Westerbach und Kanalisation – insbesondere in Niederhöhnstadt – befasst hat, kann über derlei Maßnahmen nur fassungslos den Kopf schütteln. Freie Sinkkästen, damit noch mehr Oberflächenwasser in die unterdimensionierte Kanalisation gelangen kann?

Verantwortung soll auf Bürger abgewälzt werden

Weiterhin teilte die Stadtverwaltung mit, dass Mittel im Haushalt bereitstehen, um Maßnahmen von Privateigentümern zu fördern. Welche Maßnahmen das sein sollen ist bis dato allerdings nicht bekannt. Den Freien Demokraten drängt sich der Eindruck auf, dass die Problematik auf die betroffenen Bürger abgewälzt werden soll, weil die Verantwortlichen offenbar nicht willens oder in der Lage sind, das Thema an der Wurzel anzupacken.